# Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

#### **AUS DEM INHALT**



Dr. Karl Gerhold: "In 20 Jahren haben wir manches westdeutsche Land überholt" ⇒ 2

Wichtige Fragen in einer bewegten Zeit diskutieren 

⇒ 5

Die Gegner sprechen nicht über unsere Erfolge ⇒ 6



Wir treten dem braunen Terror mit ganzer Kraft entgegen ⇔ 8

Schnellhardt übernimmt
Ausschuss-Vizevorsitz 

⇒ 9



"Stachel im Fleisch unserer Vergesslichkeit" ⇔ 10



Mario Zeising ist neuer Landesgeschäftsführer der CDU ⇔ 11

## Eurokrise, Mindestlohn und Bildungsrepublik Deutschland im Brennpunkt

CDU Kreisverband Magdeburg zahlreich beim Bundesparteitag in Leipzig vertreten



Die Magdeburger CDU-Mitglieder auf dem Parteitag.

Vom 13. bis 15. November fand in Leipzig der 24. Bundesparteitag der CDU Deutschlands statt. Rund 1.000 Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet waren nach Leipzig gereist. Unter den Delegierten aus Sachsen-Anhalt befand sich auch eine Delegation des Kreisverbandes Magdeburg. Neben dem Kreisvorsitzenden Tobias Krull und den beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden Sabine Wölfer und Tino Sorge waren Dr. Beate Bettecken sowie das Mitglied der Antragskommission, Ministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff in die sächsische Metropole gereist.

Im Mittelpunkt der interessanten Debatten und Antragsberatungen beim zweitägigen Kongress stand die nicht ganz unumstrittene Neuausrichtung der Bildungspolitik sowie die

Diskussionen zur Thematik Mindestlohn bzw. Einführung von Lohnuntergrenzen und zur Zukunft Europas.

Den Auftakt zum Bundesparteitag bildeten die traditionell am Sonntagabend stattfindenden Treffen der CDU-Vereinigungen. Die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Volkspartei CDU wurden dabei bereits deutlich. So platzte das Treffen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in einem Leipziger Hotel förmlich aus allen Nähten. Zahlreiche Delegierte tauschten dort vorab ihre Meinungen zur Thematik Mindestlohn/Lohnuntergrenzen aus. Im Hinblick auf die Mindestlohndebatte zeichnete sich zunächst eine Kampfabstimmung zwischen dem Sozialflügel (CDA) und dem Wirtschaftsflügel ab. Am Abend konnte jedoch durch Vermittlung der Parteivorsitzenden, Dr. Angela Merkel, ein Kompromissvorschlag vereinbart werden.

Im Rahmen der Parteitagsberatungen wurde am folgenden Tag der erst am Sonntag zwischen den Parteiflügeln ausgehandelte Kompromissvorschlag mit einer breiten Mehrheit - bei lediglich neun Gegenstimmen und acht Enthaltungen - beschlossen.

Zweifelsohne einen Höhepunkt des Parteitages stellte der Bericht der CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel MdB, dar. Sie warb für die Entscheidungen der Bundesregierung und stellte klar, dass es mit ihr keine europäische Transferunion geben werde. Die Delegierten stellten sich geschlossen hinter die Ausführungen der Parteivorsitzenden und quittierten diese mit mehrminütigem Applaus.

> lesen Sie weiter auf Seite 4

#### Einladung zum Neujahrsempfang

Am Mittwoch, den 18. Januar 2012, findet in der Geschäftsstelle der Stadtsparkasse Magdeburg, Lübecker Str. 126, 39124 Magdeburg, gegen 18 Uhr der Neujahrsempfang der CDU Magdeburg statt.

Alle Mitglieder und Freunde der CDU Magdeburg sind dazu herzlich eingeladen.



## Gerhold: In 20 Jahren haben wir manches westdeutsche Land überholt



Elbkurier: Herr Dr. Gerhold, Sie machen bei der CDU-Bundespartei bei einer neuen Mitgliederwerbeaktion mit. Unter Ihrem sympathischen Gesicht steht der handgeschriebene Schriftzug "Freiheitskämpfer". Was hat es damit auf sich?

Gerhold: Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat mich um Mitwirkung bei dieser Kampagne gebeten und so ist dann das Bild von mir auf dem Dach des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin entstanden. Mit dem Begriff Freiheitskämpfer ist natürlich der Kampf für die unternehmerische Freiheit gemeint, für die Sicherung und den Ausbau von Bedingungen, die es dem Einzelnen ermöglichen, sich unternehmerisch zu betätigen und zu entwickeln.

#### Elbkurier: Sie sind seit 1993 selbst Unternehmer. Was ist Ihre tiefere Botschaft als "Freiheitskämpfer"?

Gerhold: Ich finde, die Soziale Marktwirtschaft ist ein richtiges und ein sehr gutes Leitbild für unsere Gesellschaft. Ich verstehe mich selbst als verantwortungsvollen Marktwirtschaftler, als Unternehmer mit sozialer Verantwortung für die Mitarbeiter in meiner Unternehmensgruppe, ihre Familien, aber auch für die Produkte, die wir schaffen, ebenso wie für das gesellschaftliche Umfeld, in dem wir uns bewegen.

Elbkurier: Was sagen Sie einem jungen Menschen, wenn Sie ihn als Mitglied der CDU werben wollen? Gerhold: Die CDU hat die Soziale Marktwirtschaft erfunden, die sich als die beste Form des Zusammenlebens erwiesen hat. Die Union macht solide Politik ohne ideologische Verrenkungen, hat die größte Bandbreite und macht glaubwürdige Politik. Für mich hat sie die größte Schnittmenge meiner Überzeugungen. Wenn Sie das auch so sehen, sollten Sie unbedingt Mitglied der

#### Elbkurier: Wie setzen Sie als Unternehmer Ihre Überzeugungen um?

Gerhold: Meine Unternehmensgründung hat ja eine Vorgeschichte. In meinem ersten Berufsleben war ich Beamter und zuletzt Chef der Staatskanzlei in Sachsen-Anhalt und bin dann Anfang der 90er Jahre ausgeschieden und stand an einem Punkt, wo ich mit Anfang 40 noch einmal von vorn beginnen musste, was ich gleichzeitig aber auch als große Chance verstanden habe.

#### Elbkurier: Hatten Sie von der Politik erst einmal genug oder wie lief das?

Gerhold: Natürlich war da bei mir auch ein Stück Enttäuschung dabei, dass ich als Staatssekretär ausscheiden musste und dass es an dieser Stelle nicht weiter ging. Ich bin gelernter Volkswirt und habe mir dann ganz nüchtern überlegt, wo ist die unternehmerische Lücke. Die Wirtschaft in den neuen Ländern war ja in einem gewaltigen Umbruch, der auch viele Chancen bot.

## Elbkurier: ... die Sie in der Energiebranche erkannt haben!?

Gerhold: Ja, ich habe mir die Energiebranche angesehen, mit einigen Ingenieuren darüber gesprochen und 1993 die Getec gegründet.

#### Elbkurier: Wo haben Sie denn die Lücke in der Energiebranche gesehen?

Gerhold: Die Energieversorgung und insbesondere der Wärmemarkt hatten in der DDR völlig ineffiziente Strukturen entwickelt. Ich habe mit meinen Fachleuten herausgefunden, dass man die Wärmeversorgung wesentlich effizienter gestalten und die Kosten deutlich zum Teil auf die Hälfte absenken kann. Das waren natürlich enorme Reserven, die durch die relativ freien Märkte auch erschlossen werden

#### Elbkurier: Wie konnten Sie als Anfänger mit quasi marktbeherrschenden und halböffentlichen Unternehmen wie der SWM in einen erfolgreichen Wettbewerb

Gerhold: Mir fehlte vor allem das Kapital. Ich habe dann in meinem Privatbereich alles mobilisiert, was ich hatte und meine erste GmbH mit einem Stammkapital von 750.000 DM gegründet. Mit Hilfe der sehr leistungsfähigen Preise, die wir damals anbieten konnten im Vergleich zu dem Vorläuferbetrieb der Städtischen Werke, den damaligen Stadtwerken, konnten wir mit vielen Wohnungsgenossenschaften in der Stadt sehr schnell Kunden gewinnen und von Anfang an schwarze Zahlen schreiben.

#### Elbkurier: Worin liegt denn Ihr **Erfolgsrezept?**

Gerhold: Wir bieten unseren Kunden ganzheitliche Lösungen in der Wärmeversorgung in Form von Contracting-Modellen. Das heißt, wir als Anbieter entwickeln, planen, bauen, betreiben und finanzieren die Wärmeversorgung (bzw. die Kälteversorgung) eines Gebäudes und sind verantwortlich über den gesamten Lebenszyklus von 10 bis 20 Jahren für eine solche Anlage. Das Neue darin ist, dass wir neben dem Bau auch die Kosten über den gesamten Lebenszyklus der Anlage ebenso wie die Finanzierung mit einbeziehen und dies optimieren, also die Gesamtverantwortung übernehmen. Dieses Gesamtpaket bezeichnet man gängigerweise mit dem Begriff "Contracting". Wir haben diese Modelle in Deutschland mit eingeführt und nehmen heute hier eine führende Position ein. Elbkurier: Eine echte Erfolgs-

#### geschichte! Was heißt Getec in Zahlen?

Gerhold: Getec mit ihren Töchtern bietet ungefähr 500 Arbeitsplätze, davon 300 am Stammsitz Mag-

deburg. Der Umsatz beträgt etwa 500 Mio. €, also pro Arbeitsplatz ungefähr eine Million. Das ist ein recht hoher Wert und das macht deutlich, dass es auch hochwertige Arbeitsplätze sind, die wir schaffen. Wir sind als Projektentwickler tätig, das heißt, gebaut und betrieben werden unsere Projekte von Dritten und auf diese Art und Weise werden natürlich in dem Geleitzug um uns herum noch einmal in einem erheblichen Umfange Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

#### Elbkurier: Was sind Ihre nächsten Projekte in der Stadt?

Gerhold: Wir werden am Standort Albert-Vater-Straße weiter expandieren und im nächsten Jahr knapp 100 weitere Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus werden wir neben unserem "Elbe-Office" im Wissenschaftshafen als nächstes den Speicher B sanieren und dort ebenfalls weiter expandieren und eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen schaffen.

#### Elbkurier: Wie sehen Sie als Energiespezialist die Energiewende der **Bundesregierung?**

Gerhold: Die Richtung stimmt, aber die Schrittfolge ist verkehrt! Die Bundesregierung hätte das von Rot-Grün im Konsens mit der Atomwirtschaft beschlossene Ausstiegsgesetz nicht anfassen sollen. Aber wenn ich die Laufzeiten schon verlängere, dann darf ich wegen eines Erdbebens im Japanischen Meer nicht wieder die Rolle Rückwärts machen. In Deutschland gibt es keine nennenswerten Erdbeben und keine Tsunamis, deshalb war die Reaktion der Politik völlig überzogen, verantwortungsvolle Politik hätte hier für Klarstellung und Beruhigung sorgen müssen.

#### Elbkurier: Was schlagen Sie nun

Gerhold: Es kann nicht richtig sein, dass wir künftig Strom von den Kernkraftwerken in Frankreich und Tschechien beziehen und der Strom aus regenerativen Quellen ist vergleichsweise teuer und muss insbesondere von den privaten Haushalten durch die EEG-Umlage finanziert werden. Zudem ist er nicht kalkulierbar und die Ausgleichsmaßnahmen, die wir künftig zu treffen haben nämlich neue Netze, Speichertechnologien, schnelle Gaskraftwerke etc. werden die Kosten weiter in die Höhe treiben. Diese hohen Strompreise und insbesondere die Umlagen, die auf den eigentlichen Strompreis kommen, nehmen unseren Unternehmen ein

gutes Stück ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

## Elbkurier: Wie lauten Ihre Alternativen?

Gerhold: Wir brauchen einen Abbau der überzogenen bürokratischen Regelungen, wie sie mit dem EEG und den vielen Begleitgesetzen verbunden sind. Überall dort, wo wir Wärme- und Kältebedarfe haben, müssen wir durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung auch Strom erzeugen. In Verbindung mit dem intelligenten Einsatz von regenerativen Energien sind wir in der Lage, uns von der Großkraftwerkstechnologie, bei der die Hälfte der eingesetzten Energie als Abwärme in die Umgebung geht, nach und nach zu trennen. Bei dezentraler Energieerzeugung z. B. durch die Nutzung von Blockheizkraftwerken nutzen wir immer auch die Wärme und erreichen so Wirkungsgrade von über 90 %.

## Elbkurier: Welche Energieträger verwenden Sie dazu?

Gerhold: Dafür brauchen wir in erster Linie fossile Energieträger, vor allem Gas, wir können hier aber auch regeneratives Gas einsetzen, aber natürlich auch Öl und bei bestimmten industriellen Anwendungen auch Kohle.

#### Elbkurier: Wie kann Sachsen-Anhalt von dieser Entwicklung profitieren?

Gerhold: Sachsen-Anhalt und gerade auch Magdeburg profitieren schon jetzt kräftig von dieser Energiewende. Denken Sie an Enercon und Q-Cells. Aber Sachsen-Anhalt profitiert vor allem von der politischen Änderung, die 2002 mit Ministerpräsident Böhmer eingeleitet wurde. Als Herr Höppner noch Ministerpräsident war, hatte man manchmal den Eindruck, als läge Mehltau über dem Land. Wir haben damals einige Jahre der Entwicklung verloren, es war die Zeit, wo man sich als Sachsen-Anhalter geschämt hat, wenn man andernorts nach seinem Standort gefragt wurde. Das ist längst hinter uns und durch sehr erfolgreiche Jahre für Sachsen-Anhalt abgelöst worden.

## Elbkurier: Woran machen Sie das fest?

Gerhold: Die große Koalition von CDU und SPD macht eine gute Arbeit. Das beginnt mit der Haushaltskonsolidierung und endet mit einer Ansiedlungspolitik, die sich in Deutschland sehen lassen kann. Elbkurier: Aber wo sind denn die

**großen Ansiedlungen?**Gerhold: Wir dürfen nicht nur auf spektakuläre Großprojekte schielen,

sondern sollten insbesondere



auch auf die vielen, vielen mittleren und kleineren Projekte und Ansiedlungen schauen, die ins Land geholt wurden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die meist wirklich sehr gute Begleitung von Politik und Verwaltung. Wir haben hervorragende Ressourcen: gute Flächen, motivierte Mitarbeiter, hochwertige Industrieparks und eine wirtschaftsfreundliche Politik.

#### Elbkurier: Wie können wir gegenüber den Westländern weiter aufholen?

Gerhold: Wir sind auf einem guten Weg. Die Stabilität der Unternehmen in Sachsen-Anhalt hat sich deutlich verbessert und es findet heute eine erhebliche Expansion im Bestand statt. Wir sind jetzt 20 Jahre nach der Wende. Ich wage zu behaupten, dass wir in weiteren 20 Jahren manches westdeutsche Bundesland überholt haben. Die Arbeitskräfte werden schon jetzt in manchen Bereichen bei uns knapp.

#### Elbkurier: Das dürfte sich angesichts der kleinen Jahrgänge junger Menschen weiter verschärfen. Müssen sich nicht auch die Unternehmen anstrengen?

Gerhold: Die Getec-Gruppe macht keine Unterschiede zwischen Ost und West. Natürlich müssen Unternehmen ordentliche Löhne zahlen, wenn sie Fachkräfte binden wollen, sie müssen es aber natürlich auch können. Wie immer ist es ein Geben und Nehmen. Wir haben z.B. aktuell vor, uns an einem Kindergartenprojekt zu beteiligen, mit dem wir für unsere Mitarbeiter, die entsprechende Plätze benötigen, diese neben unserem Firmengelände zur Verfügung stellen wollen.

## Elbkurier: Wie sollte das Land dem absehbaren Fachkräftemangel begegnen?

Gerhold: Es passiert ja schon eine Menge. Ich denke da an das Fachkräfteportal PFIFF, um vor allem Pendler im Land zu halten und Abgewanderte wieder zurück zu holen. Aber wir müssen auch die Zuwanderung qualifizierter Menschen in den Blick nehmen. Mitteleuropa war immer von Wanderungsbewegungen geprägt, das wird auch in Zukunft so sein. Ich bin sehr optimistisch, dass in Magdeburg, also quasi um den Domplatz, auch in fernerer Zukunft noch das Leben pulsiert. Also für die Ballungszentren wie Magdeburg und Halle müssen wir nicht schwarzsehen, es liegt in erster Linie an uns selbst und ich denke, da sind wir auf gutem Wege. Sicherlich wird es aber für manche ländlichen Räume schwieriger sein als in der Vergangenheit.

## Elbkurier: Was macht Sie so zuversichtlich?

Gerhold: Ich komme aus der etablierten, der schönen, aber auch sehr betulichen Beamtenstadt Hannover. Wenn man dort eine Baugenehmigung braucht, wenn es dort um ein größeres Vorhaben geht, kann das durchaus länger dauern. In Magdeburg sind die Wege kürzer, ist eine Aufbruchsstimmung vorhanden, alle ziehen an einem Strang. Das zeigt sich in der Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden, mit dem Bauamt, ebenso wie mit den Landesbehörden, egal ob es um unser Hotel-Projekt am Domplatz geht oder um ein Biomasseheizkraftwerk in Rothensee, hier wird grundsätzlich in den Behörden so gearbeitet,

dass man etwas ermöglichen und nicht etwas verhindern will. Diese Flexibilität ist toll und auch deshalb macht es hier Spaß zu arbeiten, deshalb hat die Getec hier ihren Platz und deshalb schlägt auch hier in Magdeburg ihr Herz.

#### Elbkurier: Ist das der Hintergrund für Ihr großes Engagement im Sport?

Gerhold: Natürlich spielt das auch eine wichtige Rolle. Für mich ist Magdeburg aber immer eine sehr erfolgreiche Sportstadt gewesen und deshalb unterstützen wir als Hauptsponsor z. B. den SCM. Der SCM ist der einzige große Sportverein der neuen Länder, der mit einer populären Sportart wie dem Handball in einer ersten Liga vertreten ist und der auch nach der Wende noch Champions-Leaque-Sieger geworden ist. Wenn der SCM im Handball in der Tabelle vorne mit dabei ist, ist es nicht nur wichtig für den Sport, sondern insgesamt für die Stadt und für die Menschen, die hier leben. Es ist gut für das Image von Magdeburg und es ist immer schön, wenn man auf etwas stolz sein kann, das fördert die Motivation und das Engagement. Aber abgesehen vom SCM fördern wir natürlich auch noch den einen oder anderen kleineren Sportverein ebenso wie Kunst und Kultur und unser erstes Förderprojekt von Beginn an mit Gründung der GETEC sind die Behindertenwerkstätten und der damit verbundene Kunstverein Zinnober e.V. in Reform, mit denen uns seit Beginn eine gute Partnerschaft verbindet. Elbkurier: Herzlichen Dank für das Gespräch. Wilfried Köhler

## Fortsetzung Seite 1: Eurokrise, Mindestlohn und Bildungsrepublik...

Der Kompromissvorschlag im Kampf gegen Dumpinglöhne sieht nunmehr allgemeine und verbindliche Lohnuntergrenzen vor. Diese sollen jedoch nicht politisch einheitlich verordnet werden, sondern für bislang tarifvertragsfreie Branchen gelten. Höhe und konkrete Ausgestaltung der Lohnuntergrenze soll einer Kommission der Tarifparteien, d.h. aus Arbeitgebern und Gewerkschaften, überlassen werden. Auf die zunächst geplante ausdrückliche Orientierung am Stundenlohn der Zeitarbeit von rund sieben Euro pro Stunde wurde verzichtet.

Weiterhin wurde über den Leitantrag mit dem Titel "Bildungsrepublik Deutschland" abgestimmt. Er sieht die Ausrichtung auf ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasium und einer neuen Oberschule vor, die Haupt- und Realschulen vereint. Dabei soll dort, wo die Hauptschule erfolgreich am "Bildungsmarkt" etabliert ist, diese selbstverständlich weiter bestehen bleiben können.

Ein weiteres Highlight war die Rede des Bundesfinanzministers, Dr. Wolfgang Schäuble, der den Euro-Antrag an den Bundesparteitag begründete. Angesichts der Euro-Krise wurde dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Er sieht u.a. vor, die Euro-Zone als eine "Stabilitätsunion" zu sichern. Durch eine Stärkung

der europäischen Kompetenzen soll erreicht werden, künftigen Krisen besser begegnen zu können. Dazu soll auch ein freiwilliger Austritt von Schuldenstaaten aus der Euro-Zone künftig möglich sein, wofür es bislang keine Regelung gab.

Vor dem Hintergrund der rechtsterroristischen Neonazi-Morde an Ausländern hat der Parteitag zusätzlich einen Antrag beschlossen, wonach die Erfolgsaussichten für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren geprüft werden sollen. Zu den Erstunterzeichnern gehörten neben der CDU-Bundesvorsitzenden und dem CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe auch die gesamte Landesgruppe Sachsen-Anhalt mit dem CDU-Landesvorsitzenden, Minister Thomas Webel und seinen beiden Stellvertretern Heike Brehmer MdB und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff MdL.

Alles in allem machte der Bundesparteitag wieder einmal deutlich, dass in der Volkspartei CDU kontrovers in der Sache gestritten wird, um tragfähige und nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Dafür war auch dieser Bundesparteitag eine wichtige Grundlage. Am Ende ist jedoch jedes einzelne Mitglied vor Ort gefordert, diese Antworten an der Basis - quasi nahe bei den Menschen - zu vermitteln.

Tino Sorge, stellv. Kreisvorsitzender





Bild oben: Dr. Reiner Haseloff spricht beim Bundesparteitag in Leipzig.
Tobias Krull, der JU-Landesvorsitzende Sven Schulze und Tino Sorge am Rande des
Parteitags.

Fotos: Tobias Krull, priva

Im Nachgang zum 24. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig können Sie sich über die Ergebnisse informieren und Hinweise auf weiterführende Materialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle finden. Beschlüsse und Anträge:

Den Beschluss A "Bildungsrepublik Deutschland" finden Sie unter

www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-beschluss-bildungsrepublik-deutschland.pdf

Den Beschluss D "Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland" finden Sie unter

www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/1111114-beschluss-europa.pdf

Beschlüsse B zu Änderungen des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU finden Sie unter www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-aenderungen-statut-finanz-beitragsordnung.pdf

Den C-Beschluss zur Einführung einer Lohnuntergrenze, der eine große Anzahl von weiteren Anträgen zum gleichen Thema einschloss, sowie zu 17 weiteren C-Anträgen finden Sie unter www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-sonstige-beschluesse.pdf

## Seit 5 Jahren eine Bescherung vor der Bescherung

Am 19. November 2011 war es wieder soweit. Es war der Tag, an dem verstärkt wieder an andere Menschen, die unsere Hilfe brauchen, gedacht wurde. So wurden die Türen am Sonnabend, vor dem 1. Advent weit geöffnet und der "5. Christliche Gabentisch" war reich gedeckt. Auch dieses Jahr steckte sehr viel Mühe dahinter. Dennoch macht es Freude und wärmt das Herz. "Die glücklichen Gesichter zu sehen, macht das alles vergessen", sagt Sabine Wölfer FU Vorsitzende.

Von Herzen möchte ich mich bei meinen Mitstreiterinnen bedanken – ich weiß, dass dies auf keinen Fall selbstverständlich ist.

Ebenso geht ein herzlicher Dank an alle Spender und Unterstützer – ohne die dies überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Wir wünschen allen ein friedliche Adventzeit und gesegnete Weihnachten und freuen uns auf den "6. Christlichen Gabentisch".

> Herzliche Grüße Ihre Sabine Wölfer



## Wichtige Fragen in einer bewegten Zeit diskutieren

Mehr als zwei Stunden sprach die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, auf der sechsten und abschließenden CDU-Regionalkonferenz am 4. Oktober, mit rund 1000 CDU-Mitgliedern in Magdeburg über die aktuellen politischen Herausforderungen. "Wir diskutieren über wichtige Fragen in einer bewegten Zeit", sagte Merkel in ihrer Rede. Denn es sei besonders wichtig, gemeinsam über die Fragen nachzudenken: "Wo stehen wir, was trägt uns und was wollen wir erreichen?"

Noch heute lohne sich zur Beantwortung dieser Fragen ein Blick ins Gründungsprogramm der CDU vor rund 65 Jahren. Darin heißt es, dass die Union durch "die sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums" getragen werde. Trotz der aktuellen Herausforderungen "in einer Zeit, in der sich die Welt dramatisch verändert", seien diese Wurzeln "auch heute Richtschnur christlich-demokratischer Politik", betonte Merkel. Zugleich müsse die Politik auf die neuen Herausforderungen Antworten finden und diese erklären.

In diesem Zusammenhang mahnte der Vorsitzende der CDU Magdeburg, Tobias Krull, in seinem Statement an, insbesondere die europapolitischen Entscheidungen der Bundesregierung besser zu erklären, "auch wenn dies nicht immer einfach ist und auch zu schmerzhaften Erkenntnissen führen wird", so Krull. Diesen Punkt sprach auch Tino Sorge aus Magdeburg an, da seiner Meinung nach nicht nur die Probleme Griechenlands und der in der vergangenen Woche erweiterte Rettungsschirm die EU in große Schwierigkeiten



brächten. Weitere Länder stünden vor ähnlich großen Problemen. "Hier haben wir Kommunikationsbedarf", so Tino Sorge. "Wir müssen die Konsequenzen aus den eingeleiteten Maßnahmen deutlicher machen, schließlich müssen wir diese Politik auch vor Ort vertreten."

Nach den Worten des Vorsitzenden der Jungen Union in Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, sei das Format der Regionalkonferenzen eine gute Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Zugleich wünsche er sich, dass die CDU trotz der turbulenten Zeiten weiter verlässlich bleibe. So sei es in der Vergangenheit nicht immer leicht gewesen, die Neuorientierung in zentralen politischen Fragen, sei es die Aussetzung der Wehrpflicht oder die Beschleunigung der Energiewende, vor Ort zu erklären.

Das Magdeburger CDU-Mitglied Joachim Vogt lobte die CDU-Bundesvorsitzende für ihre anstrengende und erfolgreiche Arbeit und konnte sich auch eine kleine humoristische Bemerkung über selbsternannte Kanzlerkandidaten andere Parteien nicht verkneifen.

Im Anschluss an die Aussprache übergab Tobias Krull an die Bundeskanzlerin noch einen kleinen Präsentkorb mit Magdeburger Spezialitäten.

Für CDU-Generalsekretär
Hermann Gröhe waren die insgesamt rund 7000 CDU-Mitglieder sowie die lebhaften Diskussionen auf den sechs Regionalkonferenzen "ein großartiges Zeichen für eine lebendige Volkspartei". Auch die hohe Beteiligung in Magdeburg zeige: "Die Zukunft der Volkspartei CDU ist unser gemeinsames Anliegen. Ich freue mich, dass wir sie gemeinsam nach vorne bringen wollen und dass auch sie ihren Beitrag dafür leisten wollen."

Er verstehe, dass der Gesprächs- und Diskussionsbedarf innerhalb der Partei "angesichts gewaltiger Veränderungen, die wir erleben - Fukushima, arabischer Frühling, Schuldenkrisen in USA und Europa" - groß sei. Daher sei es gut, "dass wir die Zukunft der CDU und die Zukunft Deutschlands offen miteinander diskutieren".

Bundesgeschäftsstelle/
Kreisgeschäftsstelle

## Gemeinsam gegen Extremismus.

Mit dem RCDS und Prof. Birgitta Wolff tritt die JU Magdeburg gegen Extremismus in jeder Form ein.

Anlässlich des Aktionstages gegen Extremismus am 3. Dezember setzte sich die Junge Union Magdeburg für Toleranz, friedliches Zusammenleben und Respekt für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Gemeinsam mit dem Ring Christlich Demokratischer Studenten, der Wissenschaftsund Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff und dem CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull forderte die Junge Union Magdeburg ein entschiedenes Eingreifen der Behörden gegen Extremismus.

"Verfassungsfeindliche Organisationen müssen schneller verboten und jedem Extremist, egal ob rechts, links, religiös oder anderweitig motiviert, muss konsequent entgegengewirkt werden", erklärt die Vorsitzende der Jungen Union Magdeburg, Freya Gergs.

Der bundesweite Aktionstag der Jungen Union Deutschlands soll ein Zeichen gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen. Die Gesellschaft dürfe extremistischen Bestrebungen keinen Raum zur Entfaltung lassen.

PM JU, Alexander Schröder

## **14.01.2012,** 12.00 bis 18.00 Uhr

Meile der Demokratie,

Breiter Weg Wir bitten um Unterstützung von CDU-Mitglieder für den Informa-



tionsstandes.

**Herausgeber:** CDU-Kreisverband 39104 Magdeburg, Fürstenwallstr.17 Tel. 0391 2549812 e-mail: cdu@magdeburg.de

**Redaktion:** Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.), Tobias Krull, Thomas Nawrath, Andreas Kern

**Layout/Satz:** Birgit Uebe, Medien- und Fotografiedesign

**Druck:** agentur frische ideen Auflage: 1.500 Exemplare Erscheinungsweise: viermal jährlich



## Tobias Krull: "Die Gegner sprechen nicht über unsere Erfolge"



Die Kreismitgliederversammlung, die am 12. Oktober erstmals im Roncalli-Haus in der Stadtmitte stattfand, war neben den Delegiertenwahlen vor allem von einer Zwischenbilanz des jungen Kreisvorsitzenden Tobias Krull geprägt. Elf Monate nach der Übernahme des Kreisvorsitzes konnte er schon auf eine gewonnene Landtagswahl verweisen, die im März einen großen Erfolg unter dem Spitzenkandidaten Reiner Haseloff durch den Gewinn von 41 der insgesamt 45 Direktmandate im Land brachte.

"Auch in der Landeshauptstadt gelang es Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke ihre Wahlkreise wieder direkt zu gewinnen. Leider verpasste Bernd Heynemann nur um wenige hundert Stimmen den Einzug in das Landesparlament", erinnerte Krull. Er erinnerte jedoch zugleich an die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit der SPD, die für die Union so manche Kröte mit sich brachten. Der CDU-Landesparteitag

habe die Enttäuschung vieler Anhänger gezeigt. Enttäuschungen habe es jedoch auch durch die Entwicklungen in der eigenen Fraktion gegeben, die letztlich zur Ablösung des langjährigen und geschätzten Landtagspräsidenten Dieter Steinecke und des erfolgreichen und umsichtigen Fraktionschefs Jürgen Scharf führten. "Durch diese Hinterzimmerpolitik wurden verdiente Leute demontiert", bezog Tobias Krull gegen die damaligen Absprachen deutlich Position. Ähnliches gelte für die Debatte um die Berücksichtigung von Frauen bei der Vergabe von Funktionen und Ämtern in der Union. Krull fasste zusammen, beide Sachverhalte hätten zu einem Vertrauensverlust geführt, der nur wieder gut gemacht werden könne, wenn sich alle Verantwortlichen öffentlich erkennbar für die Belange der Menschen statt für persönliche Interessen einsetzten.

Auf der anderen Seite lobte Krull die hervorragende Politik der Bundesregierung. "Deutschland



ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen, wie es die Kanzlerin angestrebt hat. Deutschland ist zur Wachstumslokomotive in Europa geworden und die Arbeitslosigkeit sinkt kräftig. Bei allen Problemen müssen wir über diese großen Erfolge reden!", verlangte Krull von Mandatsträgern wie Mitgliedern und ergänzte: "Die politischen Gegner tun es nicht!"

In ihrem Grußwort verwies die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft, Prof. Dr. Birgitta Wolff, auf sichtbare Erfolge der Landespolitik. So hätten die Hochschulen des Landes zum Wintersemester viele neue Studenten gewinnen können, von denen mehr als die Hälfte aus anderen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt gekommen wären. Dies zeige, dass Sachsen-Anhalt im Bereich der Wissenschaft sehr gut aufgestellt sei und damit auch wichtige Innovationen in Richtung der heimischen Wirtschaft gingen. Sie sagte außerdem, dass es "viele gute Gründe gibt, CDU-Mitglied

zu werden. Ich weiß das eineinhalb Jahren aus eigener Erfahrung." Die seit neuen Jahren erfolgreiche Politik im Land unter Führung der CDU unterstreiche die Attraktivität der CDU.

Der Schatzmeister der CDU Braunschweig Dr. Burkhard Budde war Ehrengast und richtete auch ein Grußwort an die Anwesenden.

In einem kurzen Bericht aus der Arbeit der Stadtratsfraktion kritisierte Wigbert Schwenke MdL die geplanten Finanzzuweisungen nach dem Entwurf des Finanzministers, die wieder nicht an den Aufgaben orientiert seien, sondern nach Kassenlage. "Wir stehen in dieser Frage voll hinter OB Trümper!" rief er den etwa 80 erschienen Mitgliedern zu. Hinsichtlich der geplanten Eisenbahnunterführung beim Hauptbahnhof verlangte er, geschlossen hinter den Beschlüssen zu stehen und das Projekt endlich auf den Weg zu bringen. Eine leistungsfähige Infrastruktur bringe die Chance mit sich, Magdeburg weiter zu entwickeln, zeigte sich der Fraktionsvorsitzende sicher. "Wir sind stolz auf unsere Stadt", aber wir müssen die Chancen auch nutzen, die sich uns bieten, sagte Schwenke. Er dankte zugleich dem scheidenden Fraktionsgeschäftsführer Reinhard Gurcke für sein langjähriges Engagement für die Kommunalpolitik und teilte den Mitgliedern mit, dass ab 1. November Tobias Krull neuer Geschäftsführer und Jana Lesniak neue Fraktionsassistentin Wilfried Köhler würden.

#### 20 Jahre im Magdeburger Rathaus

Nach fast zwei Jahrzehnten als Geschäftsführer der CDU-Stadtratsfraktion ist Reinhard Gurcke (65) in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten. Aus Anlass seines Abschieds gab es im Alten Rathaus einen kleinen Empfang. Dabei konnte der gebürtige Berliner nicht nur zahlreiche politische Weggefährten begrüßen. Auch der OB Dr. Lutz Trümper sowie zahlreiche Beigeordnete wollten ihn offiziell verabschieden. Das in seiner Arbeit die Magdeburger Kulturlandschaft ein besonderer Schwerpunkt war, machten die Anwesenheit des Intendanten des Puppentheaters Michael Kempchen, des Leiters der Stadtbibliothek Peter Petsch sowie des Chef des Telemann Konservatoriums Dr. Helmut Keller deutlich.

Weiter waren u.a. auch die

beiden Vorstände der Stadtsparkasse Horst Eckert und Jens Eckhardt, der SWM-Geschäftsführer Helmut Herdt, der Chef der Weißen Flotte Peter Fechner, der Geschäftsführer der KID Dr. Michael Wandersleb sowie der MVB-Geschäftsführer Klaus Regener erschienen. Der überraschendste Gast war Ursula von Rätin, die mit ihrem Auftritt für so manchen Lacher sorgte.

In seiner Begrüßungsrede schilderte Reinhard Gurcke nicht nur die spannende Zeit als er nach der friedlichen Revolution Stadtverordneter und später Fraktionsgeschäftsführer wurde. Er ging auch auf die Konflikte und Diskussionen zwischen dem Kommunalpolitiker und der Stadtverwaltung ein. Der Dipl-Ing. (FH) wertete seine Arbeitsjahre im Rathaus als die spannendsten seines



vielfältigen Berufslebens. Besonders dankte er Renate Röhr, die ihm 16 Jahre lang als Fraktionsmitarbeiterin zur Seite stand. Im Namen der Fraktion dankte ihm Wigbert Schwenke MdL für seine geleistete Arbeit. "Auch wenn Reinhard Gurcke es nicht immer einfach mit 'seinen' Stadträten hatte, umgekehrt gilt es im Übrigen auch so, haben wir doch gut und zielorientiert zusammengearbeitet."

Sein Nachfolger Tobias Krull dankte Ihm ganz herzlich, besonders für sein Engagement wenn es um die Belange seiner Mitarbeiter ging.

#### Dieter Steinecke aktiv für ein menschliches Europa:

## Partnerschaften müssen auch künftig gepflegt werden

Seit vielen Jahren engagiert sich Dieter Steinecke im Deutsch-Ukrainischen Forum, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge für partnerschaftliche Begegnungen und Wirtschaftskontakte mit unseren europäischen Nachbarn. Fast zwangsläufig kommt man bei diesen Fragen auf die gemeinsame Geschichte - sei sie schmerzhaft oder sei sie gut. So finden die Jugendcamps des Volksbundes in Magdeburg, Frankreich oder Lettland unter dem verbindenden Motto "Versöhnung über den Gräbern. Arbeit für den Frieden" statt.

Deshalb war es keine große Überraschung, dass mit der Neukonstituierung der CDU-Landtagsfraktion im Frühjahr Dieter Steinecke zu deren Europapolitischem Sprecher und zum Mitglied des Landtagsausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien ernannt wurde. Mitte November besuchten Vertreter des Ausschusses unsere Partnerregion Masowien in Polen. Bei Gesprächen im Außenministerium, beim Marschall der Woiwodschaft Masowien sowie in der Deutschen Botschaft in Warschau konnten sich die Abgeordneten ein gutes Bild von den seit 2003 gewachsenen Beziehungen machen.

"Die Geschichte lehrt uns, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen unverzichtbarer Baustein eines gemeinsamen Europas ist. Deswegen freue ich mich über die Vielzahl der von hohem bürgerschaftlichen Engagement getragenen Projekte ebenso wie über die wachsende Zahl von Schulpartnerschaften, kommunalen Beziehungen und Wirtschaftskontakten", sagte Dieter Steinecke in Warschau. "Besonders bewegt hat mich unser Besuch im früheren Warschauer Ghetto, wo wir im Namen des Landtages einen Kranz für die Opfer des Holocausts und des Warschauer Aufstandes niedergelegt haben."

Am Rande der guten Gespräche in Masowien fiel Dieter Steinecke aber noch etwas anderes auf: "Es ist erstaunlich, dass die meisten Polen Magdeburg kennen und fragen, ob es denn ein Ehrenmahl für den Gründer der Polnischen Republik Marschall Józef Piłsudski in der Elbestadt gibt." Piłsudski war von 1917 bis 1919 in Festungshaft in Magdeburg. "Ich könnte der Stadt Magdeburg nur raten, hier bald möglichst mit einer Gedenktafel daran zu erinnern", sagte Dieter Steinecke. Es wäre ein guter Beitrag, um auch Magdeburgs Städtepartnerschaft mit Radom neue Impulse zu verleihen.

Welch guten Ruf unsere
Heimatstadt bei unseren osteuropäischen Nachbarn zudem wegen des
Magdeburger Stadtrechts hat, ist
den Magdeburgern kaum bekannt.
Hingegen grüßt am Dnjepr-Ufer in
Kiew (Ukraine) eine große Gedenksäule, die an die besonderen städtischen Freiheiten erinnert, welche
die Stadt und ihre Bürger durch das
Magdeburger Recht erworben ha-



Vertreter des Landtags-Europaausschusses bei der Kranzniederlegung am Denkmal des Warschauer Ghettos. Foto: Ulrike Brandt/Landtag

ben. "Auch in Polen kennt man das Magdeburger Recht sehr gut, wie ich im Oktober in Breslau erleben durfte", sagte Steinecke. Gemeinsam mit der IHK, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und Prof. Puhle vom Kulturhistorischen Museum eröffnete der Europapolitische Sprecher der Landtagsfraktion die Ausstellung "Sachsenspiegel und Magdeburger Recht - die Grundlagen für Europa". Anlass dafür war das 750-jährige Jubiläum der Verleihung des Magdeburger Stadtrechts an Breslau. Und erst vor wenigen Tagen wanderte die Ausstellung ins schlesische Städtchen Goldberg (Złotoryja), wo bereits vor 800 Jahren das Magdeburger Recht eingeführt wurde.

"Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn man das historische Magdeburger Recht als einen

wichtigen Faktor für Tourismus und Wirtschaftskontakte mit unseren östlichen Nachbarländern bezeichnet", zog Steinecke ein Fazit seiner jüngsten Gespräche. Deshalb ist die Initiative von Thomas Veil zur Errichtung eines Denkmals des Magdeburger Stadtrechts sehr zu begrüßen und verdient unser aller Unterstützung. Da im Jahr 2014/15 das Kulturhistorische Museum eine Gesamtschau zum Magdeburger Recht vorbereitet, wäre dies doch ein geeigneter Anlass, das Denkmal öffentlichkeitswirksam einzuweihen. "Das Magdeburger Stadtrecht ist nicht, wie mancher glauben mag, eine verstaubte Angelegenheit für weltfremde Privatgelehrte. Es lebt!", so Initiator Thomas Veil. Und diese Botschaft soll das Denkmal in Magdeburg in die Welt hinaustragen.

Thomas Nawrath

## Wigbert Schwenke im Amt bestätigt



Der neue Vorstand des Ortsverbandes Ottersleben/Lemsdorf von links: Bärbel Nether, Sandra Yvonne Stieger, Wigbert Schwenke MdL, Matthias Boxhorn und Thomas Wolff (Dr. Gisbert Steden fehlt). Foto: Doris Memmler

Am 9. November 2011, wählten die Mitglieder des Magdeburger CDU-Ortsverbandes Ottersleben/Lemsdorf einen neuen Vorstand. Zum Ortsverbandsvorsitzenden wiedergewählt wurde der Landtagsabgeordnete Wigbert Schwenke. Er ist auch Vorsitzender der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt.

Zu seinen Stellvertretern wurden die selbständige Unternehmerin Sandra Yvonne Stieger und der Rettungsbereichsleiter Matthias Boxhorn gewählt. Mit den Beisitzern Bärbel Nether, Dr. Gisbert Steden und Thomas Wolff wird der Vorstand vervollständigt.

Der wiedergewählte Ortsverbandsvorsitzende Wigbert Schwenke erklärte zur zukünftigen Arbeit des Ortsverbandes: "Wir wollen uns in der Arbeit des Ortsverbandes noch weiter den Bürgerinnen und Bürgern öffnen. Dazu sollen öffentliche Veranstaltungen zu Themen von allgemeinem Interesse organisiert werden. Daneben werden wir politisch wie auch persönlich die Arbeit der vor Ort tätigen Vereine und Initiativen weiter in ihrer Arbeit unterstüt-

Der anwesende CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull sprach zu den Anwesenden auch über die Aufgaben für die Magdeburger CDU im Jahr 2012. Dazu gehören die Evaluierung der bisherigen Programmatik sowie die langfristige Vorbereitung der anstehenden Wahlen.

Doris Memmler

## "Wir treten dem braunen Terror mit ganzer Kraft gemeinsam entgegen"

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hat bei der Debatte zur "Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden" im Deutschen Bundestag ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Parteien gegen Extremismus in den Vordergrund gestellt. Gröhe: "Brauner Terror ist eine Schande für unser Land." An erster Stelle stehe das Leid der Opfer und der Angehörigen, die nicht nur ihre Liebsten verloren hätten, sondern auch noch von den Tätern schäbig verhöhnt wurden. Gröhe: "Ihnen allen gilt unser ganzes Mitgefühl!"

Man habe erfahren müssen, dass eine Gruppe rechter Terroristen über Jahre unentdeckt durch unser Land gezogen sei und eine Blutspur schrecklicher Verbrechen hinterlassen habe. Gröhe: "Rechtsextremismus richtet sich immer gegen unser Gemeinwesen insgesamt, gegen uns alle." Die entsetzlichen Verbrechen seien lückenlos aufzuklären. Über eine entschiedene Strafverfolgung hinaus sei zudem eine politische Antwort notwendig. Deshalb habe man einen gemeinsamen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Gröhe kritisierte die zuvor gehaltenen Reden von Frank-Walter Steinmeier und Renate Künast. Es sei falsch, bei diesem wichtigen Thema in "parteipolitisches Klein-Klein zu verfallen", so der

CDU-Generalsekretär. Steinmeiers Rede sei deshalb "in jeder Hinsicht unangemessen" gewesen. Gröhe empörte sich besonders über die Angriffe auf das Bekenntnis zur Demokratie als Grundlage zur öffentlichen Förderung, das mehrfach fälschlicherweise als Generalverdacht gegen zivilgesellschaftliche Gruppen hingestellt wurde. Der CDU-Generalsekretär: "Wo kommen wir hin, wenn man schon unter Generalverdacht gestellt wird, wenn man ein Demokratiebekenntnis fordert."

Dabei habe der frühere SPD-Staatssekretär Lutz Diwell bereits im Jahr 2004 darauf hingewiesen, dass man bei Fördermitteln darauf achten müsse, welche Gesinnung bei den Empfängern vorherrsche und angemahnt, entschieden in der Sache vorzugehen. Hermann Gröhe: "Wer Extremismus bekämpft, muss sich auch unzweideutig zur Demokratie und Menschenwürde bekennen." Er hätte sich gewünscht, dass in der heutigen Diskussion alleine das Gemeinsame zur Abwehr des braunen Terrors im Vordergrund gestanden hätte.

Zunächst sei es jetzt Aufgabe, alle offenen Fragen zu beantworten. Man müsse klären, warum diese Dinge unentdeckt geblieben und wo es zu Versäumnissen gekommen sei. Ermittlungsfehler seien lückenlos aufzuklären und daraus müsse man die notwendigen und richtigen Konsequenzen

ziehen. Klar sei aber auch, dass man an der Seite der Polizisten und der Ermittlungsbehörden stehe, die mit hohem Einsatz an der Aufarbeitung der schrecklichen Verbrechen arbeiteten.

Klären werde man zudem die Frage, welche Verbindungen es zwischen Rechtsterrorismus und rechtsextremen Parteien gebe. "Wir wollen alles tun, um Rechtsextremismus Einhalt zu gebieten." Deshalb sei man auch zur Prüfung eines NPD-Verbotes und zur Überprüfung der V-Leute bereit. Es gebe hierzu berechtigte Fragen.

Gröhe erinnerte daran, dass es neben der Zwickauer Terrorzelle in den vergangenen Jahrzehnten weitere unzählige rechtsextremistische Verbrechen in der ganzen Republik gab. Die Taten in Rostock, Hamburg, Dortmund, Kassel und anderen Städten seien genauso beschämend. Der Verfassungsschutz habe im Jahr 2010 fast 16.000 rechtsextreme Straftaten registriert, das seien statistisch über 40 pro Tag. Deshalb sei es nicht alleine ein Problem bestimmter Regionen oder Bevölkerungsschichten, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, dessen man sich entschieden annehmen müsse.

Zu Beginn der Bundestagsdebatte hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert wegen der Fahndungspannen und falschen Verdächtigungen im Zusammenhang mit den Neonazi-Morden



Hermann Gröhe: "Wer Extremismus bekämpft, muss sich auch unzweideutig zur Demokratie und Menschenwürde bekennen."

die Angehörigen der Opfer um Entschuldigung gebeten. "Wir sind beschämt, dass die Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten", so Lammert. Er bitte um Entschuldigung "für manche Verdächtigungen von Opfern und Angehörigen", die sie während der Ermittlungen erlebt hätten: "Wir wissen um unsere Verantwortung." Der Bundestag sei fest entschlossen, alles mit den Mitteln des Rechtsstaates Mögliche zu tun, um die Ereignisse und Hintergründe aufzuklären.

**Bundes-CDU** 

## Tag der Deutschen Einheit ist für CDU Magdeburg ein Freudentag



Der Tag der Deutschen Einheit ist für die Mitglieder der CDU Magdeburg ein echter Freudentag. Gleichzeitig ist es uns aber auch wichtig an die Ereignisse der friedlichen Revolution zu erinnern, ohne die die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen wäre.

Daher hatte auch die Fraktion

CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke MdL, die Anfrage gestellt, ob die Stadtverwaltung eine Gedenkstunde am Magdeburger Bürgerdenkmal zum Tag der Deutschen Einheit plant. Nach einer negativen Antwort ging von der CDU Magdeburg die Initiative



aus solche Veranstaltung überparteilich zu organisieren. Dann entschloss sich die Stadtverwaltung doch noch einen Feierstunde am 2. Oktober vor Ort durchzuführen. Dafür herzlichen Dank. Bei dieser sprachen dann der Landtagspräsident Detlef Gürth MdL (CDU) und der Baubeigeordnete Dr. Dieter Scheidemann

passende Worte.

Selbstverständlich gab es auch wieder einen Infostand der Ratsfraktion beim traditionellen Rathausfest am 3. Oktober. Unterstützt durch weitere CDU-Mitglieder konnten zahlreiche Bürgerkontakte an diesem Tag gepflegt werden.

Tobias Krull

#### Schnellhardt übernimmt Ausschuss-Vizevorsitz



Aufgrund seiner engagierten und qualifizierten Arbeit wurde der Europaabgeordnete Dr. Horst Schnellhardt (EVP / CDU) zum Vizevorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Soziale Angelegenheiten der AKP-EU Versammlung ernannt.

In der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung AKP-EU befassen sich parlamentarische Vertreter aus 127 europäischen und afrikanischen Staaten beispielsweise mit Fragen zur Integration von Menschen mit Behinderungen, den Folgen des Bergbaus für Umwelt und Gesundheit, den Zugang zu Arzneimitteln für Patienten in Afrika oder der Ernährungssicherheit.

Schnellhardt ist seit 1994
Mitglied der parlamentarischen
Versammlung und war für die
EVP Bericht- und Schattenberichterstatter verschiedener
Dringlichkeitsentschließungen
und Berichte. Die angenommenen Beschlüsse sollen den teilnehmenden Staaten politische
Impulse für die Ausgestaltung
nationaler Politiken geben.

PM Europäisches Parlament





#### Arbeitskreis Große Städte unter neuer Führung

## Herbsttagung des Gremiums in der Ottostadt Magdeburg

Vom 3. bis 5.11.2011 tagte der Arbeitskreis Große Städte der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU in Magdeburg.

Am ersten Abend gab es, vor dem Treffen der Fraktionsgeschäftsführer, die Möglichkeit den Magdeburger Dom zu besichtigen. Wer die Gelegenheit nutzte sich vom Vorsitzenden des Domfördervereins und Gemeinderatsvorsitzenden der Magdeburger Domgemeinde Stephen-Gerhard Stehli durch den ältesten gotischen Dom auf deutschem Boden führen zu lassen, hat dies auf keinen Fall bereut.

Im Rahmen eines Vortrages wurden die Anwesenden am Freitagvormittag vom Leiter des Stadtplanungsamtes Heinz-Joachim Olbricht über die historische und städtebauliche Entwicklung Magdeburgs, mit besonderem Blick auf die Jahre nach der friedlichen Revolution, informiert.

Nach der Eröffnung des zweiten Tagungsteils durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises Michael Grötsch begrüßten der Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat Wigbert Schwenke MdL und der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper (SPD) die Anwesenden. Der OB machte deutlich, dass die erbrachten Aufbauleistungen ohne die Unterstützung aus den "alten" Bundesländern unmöglich gewesen wären. Gleichzeitig verdeutlichte er, dass die Kommunen in Mitteldeutschland nur rund die Hälfte der Steuerkraft vergleichbarer Kommunen aus dem alten Bundesgebiet haben und machte auf die daraus resultieren Folgen und Aufgaben aufmerksam.

Im Anschluss sprach der Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Ulf Gundlach (CDU), zum Thema "Strukturwandel Gestalten - Starke Kommunen als Partner". Zuvor hatte er die besten Grüße des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff (CDU) überbracht, der seine geplante Teilnahme an der Sitzung aus dringenden Termingründen kurzfristig absagen musste. Im Anschluss referierte die Vorsitzende des KPV-Bildungswerkes Sachsen-Anhalt, stellv. CDU-Landesvorsitzende und Mitglied im KPV-Bundesvorstand Heike Brehmer MdB zum Themenkomplex "Bundespolitik - kommunal". Die Harzer Bundestagsabgeordnete berichtete, nach der Bestellung der herzlichen Grüße vom KPV-Bundesvorsitzenden Peter

Götz MdB, zu den verschiedensten Aspekten der Bundespolitik und den Folgen für die Kommunen hieraus. In diesem Zusammenhang wurde auch die Übernahme der Kosten für die soziale Grundsicherung durch den Bund diskutiert. Die von der Bundesregierung hierfür bereitgestellten Finanzmittel müssen von den Ländern unmittelbar und ohne Abzüge an die Kommunen weitergereicht werden, so Wigbert Schwenke MdL.

Nach einem gemeinsamen Phototermin stand die Neuwahl des Vorstandes des Arbeitskreises an. Zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises wurde der Vorsitzende des CDU-Ratsfraktion Aachen Harald Baal gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde der Magdeburger CDU/BfM-Ratsfraktionsvorsitzende Wigbert Schwenke MdL bestimmt. Aus den Reihen der Fraktionsgeschäftsführer wurden Detlef Werner (Bielefeld) und zu seinem Stellvertreter Karsten Vosberg (Freiburg/Breisgau) in den Vorstand gewählt.

Im Namen der Mitglieder des Arbeitskreises dankte der KPV-Hauptgeschäftsführer Tim-Rainer Bornholt dem alten Vorsitzenden Michael Grötsch sowie seinen Stellvertretern Matthias Nocke und Frank Hengstenberg (der aus persönlichen Gründen nicht anwesend sein konnte) für die erfolgreiche Arbeit in der vergangenen Wahlperiode.

Nach einer kurzen Pause ging es für die Tagungsteilnehmer auf



Besichtigung des Magdeburger Doms unter fachkundiger Führung durch den Vorsitzenden des Domfördervereins Stephen-Gerhard Stehli. Bild unten: Die Teilnehmer des Arbeitskreises Große Städte der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU tagten im November in der Landeshauptstadt Magdeburg. Fotos: Tobias Krull, Jana Lesniak

Entdeckungstour durch Magdeburg im Rahmen eines Stadtrundgangs unter der sach- und fachkundigen Leitung des Stadtführer und Magdeburger Ehrenstadtrates Eberhard Seifert. Mit einem Vortrag des Geschäftsführers der Städtischen Werke Magdeburg Helmut Herdt mit dem Titel "Herausforderungen der neuen Energiepolitik für die Stadtwerke" endete der offizielle Teil dieses Tagungstages.

Der letzte Sitzungstag war ganz dem Thema der Nutzung moderner IT-Technologie gewidmet. Zuerst sprach der Geschäftsführer der Kommunalen Informationsdienste und Vorstand der Kommunalen IT-Union Dr. Michael Wandersleb zur interkommunalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Darauf folgend referierte sein Mitarbeiter Ralph Kadanik zum Thema "Papierloser

Stadtrat - Digitale Ratsarbeit". Seine Ausführungen zum in Magdeburg verwendeten Mandatos-System sowie die Premiere des Mandatos-Apps für den I-Pad stießen auf sehr großes Interesse und sorgten für eine intensive Diskussion im Anschluss.

Der frisch gewählte AK-Vorsitzende Harald Baal dankte den Teilnehmern für die hohe Sitzungsdisziplin sowie den Organisatoren für die gute und problemfreie Gestaltung dieser Tagung.

Mitglieder des Arbeitskreises sind die CDU/CSU-Ratsfraktionen aller deutschen Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern sowie alle Landeshauptstädte. Das Gremium dient vor allem dem Informationsaustausch zwischen den Kommunalpolitikern zu verschiedenen Themen. **Tobias Krull** 



# Böhmer und Steinecke sprachen bei Gedenkstunde im Landtag Volkstrauertag ist ein "Stachel im Fleisch unserer Vergesslichkeit"





Am Volkstrauertag Mitte November gedachten rund 100 Vertreter des öffentlichen Lebens in Magdeburg der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Der Landesvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Magdeburger Landtagsabgeordnete



Dieter Steinecke, begrüßte die Gäste im Landtagsgebäude und nannte den Volkstrauertag einen "Stachel im Fleisch unserer Vergesslichkeit". Zudem erinnerte Steinecke daran, dass die europäischen Nationen nach zwei Weltkriegen einen in der Welt einmaligen Friedensraum geschaffen haben. Dieses Erbe von Staatsmännern wie Konrad Adenauer und Robert Schumann gelte es zu bewahren.

Dem schloss sich der frühere Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer in seiner Rede an und stellte fest: "Das Erinnern wird gebraucht!" Dabei hätten Kriegsgräber als Mahnmale für den Frieden eine wichtige Bedeutung. Böhmer verwies darauf, dass bereits in der Antike immer wieder der Ruf nach der Bewahrung des Friedens laut geworden sei. So habe der griechische Staatsmann Perikles sinngemäß gesagt, dass die Lebenden den Gefallenen keinen größeren Tribut zollen könnten, als sich selbst für Frieden einzusetzen.

Zudem forderte der frühere Regierungschef ein neues Geschichtsbild in den Schulen: Statt unsere Vergangenheit nur über die Abfolge von Kriegen und stupider Daten zu vermitteln, sollten die Zivilgesellschaft, Menschenrechte und ihr Wirken vermehrt in den Mittelpunkt der Geschichtsdarstellung rücken. Professor Böhmer erinnerte an Errungenschaften wie die englische Magna Charta, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung oder die KSZE-Akten.

Das traditionelle Totengedenken sprach Landtagspräsident Detlef Gürth. Im Anschluss an die Gedenkstunde im Landtag begleiteten viele der Anwesenden die Kranzniederlegung auf dem Magdeburger Westriedhof. Auch der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull, Jürgen Scharf und der Fraktionsvorsitzende CDU/BfM im Stadtrat, Wigbert Schwenke, nahmen daran teil.

Thomas Nawrath

## Wechsel in Landesgeschäftsstelle

Nach mehreren Jahrzehnten im Dienste der CDU, zuletzt als CDU-Landesgeschäftsführer, ging Bernd Reisener (61) vor kurzem in den Vorruhestand.

Während der offiziellen Verabschiedung dankten ihm u.a. der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel und dessen Amtsvorgänger Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer für seine Arbeit.

Die ungezählten Wahlkämpfe auf allen politischen Ebenen, die regelmäßigen Strukturveränderungen innerhalb der CDU bis hin zur Befriedung mancher innerparteilichen Unstimmigkeiten haben von Bernd Reisener viel Kraft und Energie verlangt und dafür hat er Respekt verdienst, so Thomas Webel.

Die große Besucherzahl bei der Veranstaltung machte deutlich,

welche Bedeutung und Wertschätzung seiner geleisteten Arbeit entgegengebracht wurde und wird.

Als Vorsitzender der CDU Magdeburg möchte ich an dieser Stelle Bernd Reisener für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren danken. Verbunden mit der berechtigten Hoffnung auf die Fortsetzung dieser mit dem neuen CDU-Landesgeschäftsführer.

Tobias Krull

Der Landesvorstand der CDU Sachsen-Anhalt hat sich in seiner Sitzung am 18.10. 2011 für einen Nachfolger von Bernd Reisener entschieden.

Als neuer Landesgeschäftsführer der CDU hat Mario Zeising seine Tätigkeit am 1. November 2011 in der Landesgeschäftsstelle



Der neue Landesgeschäftsführer Mario Zeising (re) und der scheidende Landesgeschäftsführer Bernd Reisener. Foto: Landesgeschäftsstelle

aufgenommen.

Zeising verfügt über eine langjährige Erfahrung bei der CDU in den Bereichen Finanzen, Organisation und Personalführung und kennt zudem die Strukturen aller Ebenen der CDU in Sachsen-Anhalt.

Der 50jährige Hallenser war

bereits langjähriger Regionalgeschäftsführer und in verschiedenen Regionen von Sachsen-Anhalt tätig. Seine Aufgabe als Landesgeschäftsführer definiert er als "konkrete Umsetzung" politischer Vorgaben des Landesvorstandes der CDU.

Landesgeschäftsstelle

#### Meine Bäume für Stadtfeld



Stadtrat Reinhard Stern bei der Pflanzung eines "seiner" Bäume in der Nähe des Spielplatzes Motzstraße. Für diesen Spielplatz hat er auch die Patenschaft übernommen. Foto: Jana Lesniak

Vor kurzem fand die zentrale Dankesfeier für die diesjährigen Spender bei der Aktion "Mein Baum für Magdeburg" auf dem Spielplatz "Zwergenland" in der Großen Diesdorfer Straße statt. Mit dabei auch Stadtrat Reinhard Stern, welcher fleißig für die Aktion geworben und gespendet hat.

So bat er anlässlich seines 60. Geburtstages seine Gratulanten darum auf Geschenke zu verzichten und stattdessen für die Aktion "Mein Baum für Magdeburg" zu spenden. Diesem Wunsch kamen die zahlreichen Gäste sehr gern nach und spendeten großzügig für diesen guten Zweck, so dass mehrere Bäume im Stadtgebiet gepflanzt werden konnten. Einer auf dem Spielplatz in der Motzstraße und ein weiterer in der Herderstraße.

"Ich möchte damit den Anwohnern in Stadtfeld ihre Wohngegend attraktiver gestalten und zur Verschönerung Magdeburgs allgemein beitragen. Bäume tragen wesentlich zur Verbesserung der Luft- und Lebensqualität in der Stadt bei. Deswegen sollte das grüne Stadtbild Magdeburgs erhalten bleiben, so Stadtrat Reinhard Stern.

Zwei weitere Bäume hat Reinhard Stern für die Albert-Vater-Straße gestiftet. Diese werden im nächsten Frühjahr eingepflanzt.

Jana Lesniak

#### Schwächere unterstützen

Für die meisten Menschen ist die Weihnachtszeit eine der glücklichsten Zeiten im ganzen Jahr. Doch nicht zu vergessen ist, dass Weihnachten auch das Fest der Nächstenliebe, also vor allem die Zeit, Schwächeren und Bedürftigen zu helfen, ist.

Aus diesem Grund unterstützt die Junge Union Magdeburg zusammen mit dem Magdeburger Gastro Conzept traditionell mit einem Glühweinverkauf auf dem Alten Markt die Blutbank und das Elternhaus der Kinderkrebsstation der Universitätsklinik Magdeburg. In diesem Jahr fand der Glühweinverkauf am 8. Dezember 2011 auf dem Alten Markt in Magdeburg statt.

Unterstützt wurde die JU bei Ihrer Aktion unter anderem vom Vorsitzenden der CDU/ BfM-Stadtratsfraktion, Wigbert Schwenke MdL, den Magdeburger CDU-Landtagsabgeordneten, zahlreichen Stadträten und dem CDU-Kreisvorsitzenden, Tobias Krull.

Freya Gergs

# Wir gratulieren recht herzlich

#### im Oktober zum

- 83. Geburtstag Günter Schwenke
- 74. Geburtstag Hans-Dieter Haake
- 73. Geburtstag Adolf Kirschner
- 73. Geburtstag Horst Luding
- 72. Geburtstag Horst Seifert
- 69. Geburtstag Lothar Melzer
- 69. Geburtstag Rolf Frommhagen
- 68. Geburtstag Beate Bautz
- 68. Geburtstag Dr. Jürgen Siebert

#### im November zum

- 85. Geburtstag Ursula Sens-Schönfelder
- 81. Geburtstag Heinz Liese
- 73. Geburtstag Wilfried Bautz
- 72. Geburtstag Erika Erndt
- 67. Geburtstag Rita Menz-Schüler
- 67. Geburtstag Gunter Schindehütte

#### im Dezember zum

- 99. Geburtstag Erika Hollenberg
- 83. Geburtstag Christa Wolter
- 81. Geburtstag Isolde Scholz
- 81. Geburtstag Gerhard Janke
- 80. Geburtstag Curt Riecke
- 76. Bernadette Kulessa
- 75. Geburtstag Joachim Marckstadt
- 74. Geburtstag Ute Raabe
- 71. Geburtstag Werner Kühnel
- 69. Geburtstag Herbert Becker
- 66. Geburtstag Dr. Doris Madzek
- 65. Geburtstag Werner Jahr

# Zwei Jahre schwarz-gelbe Koalition: Erfolgsbilanz in schwierigen Zeiten

Vor sechs Jahren, im November 2005, trat die unionsgeführte Bundesregierung unter Dr. Angela Merkel ihr Amt an. Damals hatte Rot-Grün der neuen Regierung das Land mit 4,56 Millionen Erwerbslosen hinterlassen.

Heute liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 2,74 Millionen mit weiter sinkender Tendenz. So sank die Erwerbslosenquote seit dem Amtsantritt der christlichliberalen Koalition vor zwei Jahren – trotz Wirtschafts- und Finanzkrise - von damals 7,7 Prozent, auf heute nur noch 6,5 Prozent.

Hinter diesen abstrakten Zahlen stehen echte Schicksale. Heute sind fast zwei Millionen Menschen weniger ohne Arbeit als bei Schröders Abschied aus dem Kanzleramt. Diese Menschen und ihre Angehörigen sind heute weitestgehend nicht mehr von der Wohlfahrt abhängig. Vielmehr sorgen sie nun für sich selbst und haben somit auch ein Stück Selbstvertrauen zurückgewonnen. Gleichzeitig haben sie einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung unserer sozialen Sicherungssysteme geleistet: Statt weiterhin Unterstützung zu erhalten, zahlen viele von ihnen mittlerweile Steuern und Abgaben. Das eröffnet Spielräume um weiter die Staatsfinanzen zu konsolidieren, andererseits sollen die Bürgerinnen und Bürger aber auch davon profitieren.

Ständige Rekordmeldungen unserer Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt sind aber keine Selbstverständlichkeit wie der internationale Vergleich deutlich zeigt: Deutschland ist in den vergangenen Jahren wieder zum Vorreiter in Europa geworden. Dies zeigt sich gerade jetzt wieder in der Eurokrise, wo die Politik Deutschlands unter Angela Merkel nicht umsonst als beispielhaft angesehen wird. Aber ohne die Tarifparteien, die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Gleichzeitig hat auch die Politik eine Rolle gespielt. Die christlich-liberale Koalition hat bei ihrem Amtsantritt versprochen: Deutschland wird aus der Wirtschaftskrise gestärkt hervorgehen. Wir halten Wort, auch wenn wir leider diese Erfolge durch mangelnde Kommunikation manchmal zu wenig rüber gebracht haben.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat sich die christlichliberale Koalition in den letzten Tagen trotz der alles überschattenden Eurokrise auf wichtige Wegmarken für ihr weiteres Regierungshandeln geeinigt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Abbau von Ungerechtigkeiten im Steuersystem und die Einführung des Betreuungsgeldes. Allein die steuerlichen Entlastungen haben ein Volumen von sechs Milliarden Euro. Davon werden vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren. Union und FDP haben angekündigt, diese Erleichterungen trotz des Widerstands des oppositionellen Linksbündnisses auf den Weg zu bringen.

Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses setzt das bürgerliche Bündnis seine erfolgreiche Politik der vergangenen zwei Jahre konsequent fort. Bereits wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt hatte die christlich-liberale Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Es trat zum 1. Januar 2010 in Kraft und umfasste Entlastungen in Höhe von 22 Milliarden Euro. Darin waren etwa eine Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags enthalten. Änderungen im Erbschaftsteuerrecht hatten ebenfalls zu einer Entlastung von Familien geführt.

Beide Maßnahmen zielten auch auf die Beschleunigung von Wachstum und damit den Ausbau von Beschäftigung. Beides ist gelungen! Zwei Jahre später steht Deutschland – trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen - noch besser da. Dadurch ergeben sich Spielräume, die die Koalition unter anderem dazu nutzt, Ungerechtigkeiten im Steuerrecht zu beseitigen. Dabei steht die sogenannte kalte Progression im Fokus. Dieser Effekt sorgt dafür, dass Arbeitnehmer, deren Gehalt steigt, auch mehr Steuern abführen müssen; das Wachstum der Reallöhne fällt dementsprechend niedriger aus.

Die Erhöhung des Grundfreibetrags ab 2013 um insgesamt 350 Euro wird hier Abhilfe schaffen. Um die Zustimmung des Bundesrats zu sichern, hat die unionsgeführte Bundesregierung zugesagt, freiwillig einen größeren Teil der Entlastungen zu finanzieren.

In den Verhandlungen einigten sich die Koalitionsspitzen außerdem auf die Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013.

Eltern, die für ihr Kind im Alter von einem Jahr keinen staatlich geförderten Krippenplatz in Anspruch nehmen, erhalten dann zum Ausgleich monatlich 100 Euro. 2014 wird das Betreuungsgeld auf 150 Euro und Zweijährige ausgeweitet. Darüber hinaus einigten sich Union und FDP am Sonntag auf ein Mehr an Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen aus der Pflegeversicherung sowie zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von einer Milliarde Euro.

Nun wollen wir hoffen, dass unsere europäischen Nachbarn sich auch an ihre Hausaufgaben machen und lange verschlafene Reformen angehen.

Ulrich Petzold, MdB

## Wybrands im Amt bestätigt



Eva Wybrands

Bei der Bundesdelegiertenversammlung der Frauen Union (FU) mit Oktober in Wiesbaden wurde Eva Wybrands wieder in den Bundesvorstand dieser Vereinigung der gewählt. Bei ihrer Wahl zu Schriftführern konnte die Landesvorsitzende der FU Sachsen-Anhalt ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Mit der ebenfalls wiedergewählten Beisitzerinnen Brundhilde Liebrecht gehören insgesamt zwei CDU-Frauen aus Sachsen-Anhalt diesem Gremium an.



## 50 Jahre "Archiv des Unrechts"

Am 9. November fand im Audimax der TU Braunschweig eine Festveranstaltung der "Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" gemeinsam mit der Braunschweiger Zeitung und der TU-Braunschweig statt.

Die Bundesstiftung wurde 1998 vom Deutschen Bundestag gegründet. Sie soll auf umfassende Weise eine breite, gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung befördern mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in der SBZ und DDR sowie auch in Europa und im internationalen Kontext mit der deutschen und europäischen Teilung einschließlich deren Überwindung.

Dabei ist sie gleichermaßen Förderin der historisch-politischen Bildungsarbeit sowie Fürsprecherin der Opfer der SED-Diktatur. Besondere Bedeutung misst die Bundesstiftung der Erinnerung an Widerstand und Opposition in der SBZ/DDR und dem Gedenken an die Opfer der Diktatur bei.

In diesem Sinne war der 50. Jahrestag der Gründung der "Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht" in Salzgitter ein wichtiger Anlaß des Gedenkens auf dieser Veranstaltung mit prominenter Beteiligung an der Podiumsdiskussion: Gerhard Glogowski Ministerpräsident a.D., Dr. Michael Hollmann Präsident Bundesarchiv, Dr. Michael Ploenus Historiker, Prof. Dr. Johannes Weberling Jurist, Moderation: Henning Noske von der Braunschweiger Zeitung.

Eingangs ließ der Ministerpräsident Niedersachsens David McAllister es sich nicht nehmen, das Grußwort seiner Regierung zu überbringen und wies im Zusammenhang mit dem Datum des 9. November, als einem Schicksalstag der Deutschen, darauf hin, dass mit dem Mauerfall in Berlin dieser Tag als ein Tag der Freude über die Wiedervereinigung seine immer währende Bedeutung behalten wird, aber mit der Reichskristallnacht auch seine bedrückende Erinnerung an alle Opfer von Gewalt in Diktaturen darstellt.

Anschließend referierte der letzte Leiter der "Zentrale Erfassungsstelle für DDR-Unrecht" in Salzgitter, Oberstaatsanwalt Dr. Grasemann, über die Gründung dieser Behörde nach dem Mauerbau 1961. Ziel sei es gewesen, Vorermittlungen wegen der Tötungen an der innerdeutschen Grenze, den Terrorurteilen gegen politisch Verfolgte und die Misshandlung politischer Häftlinge sowie die Denunziation politisch Andersdenkender einzuleiten. Sein Credo: "Täter haben ein Gesicht, Opfer haben einen Namen".

Die Erfassungsstelle hat letztlich ihren Gründungszweck erfüllt, sie war das schlechte Gewissen der DDR. Nicht umsonst gehörte die Forderung nach Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter zu den immer wieder vorgebrachten wichtigsten politischen Zielen der DDR.

Der Erfassungsstelle gelang die Beweissicherung des DDR-Unrechts durch unbeschreibliche Kärrnerarbeit ihrer Staatsanwälte, deren wichtigste Quelle die Befragung der 40.000 von der Bundesregierung freigekauften Häftlinge war. Sie gab den inhaftierten Menschen die Gewissheit, dass sie nicht verges-

sen waren und die Hoffnung, dass das an ihnen begangene Unrecht einmal gesühnt werden könnte.

Und in der Tat, nach der Friedlichen Revolution 1989 wurde in fast 100.000 Verfahren die Anklage auf Dokumente der Erfassungsstelle begründet.

In der Podiumsdiskussion erklärte der Präsident des Bundesarchivs, dass die Akten der Erfassungsstelle in seiner Obhut in Koblenz lagern und nicht nur der Wissenschaft, sondern auch vor allem den betroffenen Opfern und deren Angehörigen zugänglich sind.

Es herrschte unter den Podiumsgästen Übereinstimmung, dass der wissenschaftliche Fokus zu sehr auf die DDR als Stasi-Staat läge und ungenügend die führende und auftraggebende Rolle der SED berücksichtige, was die nachfolgende und nur umbenannte Partei zu sehr entlaste.

Der Jurist Prof. Dr. Weberling erinnerte an die stark von politischem Lagerdenken geprägte Diskussion um die Erfassungsstelle in der Bundesrepublik. Der von Egon Bahr und Willy Brandt initiierte Wandel durch Annäherung wurde bisweilen als Wandel durch Anbiederung verstanden, auf deren Altar die SPD

geneigt war, die Erfassungsstelle zu

Gerhard Glogowski mahnte, die DDR-Vergangenheit in unserer Gesellschaft bewusst zu thematisieren und die Aufklärungshoheit nicht Herrn Gysi zu überlassen.

Ein hoffnungsvolles Zeichen in dieser Hinsicht ist es, wie Ministerpräsident McAllister erklärte, dass im niedersächsischem Abitur die DDR-Vergangenheit Prüfungsthema wäre.

Zum Thema Versöhnung wünschte sich Prof. Dr, Weberling, reuige Täter und Opfer zusammen zu bringen, um zu einem ehrlichen Abschluss zu kommen, aber auch als Christ könne er nur vergeben, wenn der Täter seine Schuld einsieht.

Zum Schluss waren sich die Podiumsgäste und das Auditorium einig, dass die Erfassungsstelle Salzgitter gegen DDR-Unrecht seine historische Aufgabe erfüllt hat, dass Unrecht nicht zu Recht wurde, nur weil es in der DDR als Recht deklariert war.

Diese beeindruckende Veranstaltung in Braunschweig zu diesem wichtigen historischen Thema hätte mehr Teilnahme aus der Partnerstadt Magdeburg verdient.

Rudolf Evers



Im Rahmen der JU-Blutspendeaktion "Schwarze geben Rotes" spendet der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull seinen Lebenssaft. Dabei wird er von Stefan Feldt, der JU-Kreisvorsitzenden Freya Gergs, Florian Bühnemann sowie Schwestern der Uniblutbank unterstützt. Foto: Jana Lesniak

Strom und Wärme, aus Abfall. Müllheizkraftwerk Rothensee C Kraftwerk-Privatweg 7 39126 Magdeburg Telefon: 0391/ 587-25 34 Telefax: 0391/ 587-17 64 E-mail: info@mhkw-rothensee.de http://www.mhkw-rothensee.de Wir machen die Entsorgung sicher.

Gut für die Umwelt



## "Siebenbürgenabend" der OMV

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung veranstaltete in diesem Jahr schon den zweiten Heimatabend, der am 4. November stattfand und die ´Siebenbürger Sachsen´ zum Thema hatte.

Der OMV-Kreisvorsitzende, Enrico Schleef, hieß alle Anwesenden herzlich willkommen und legte die Ziele der mittlerweile zur Tradition gewordenen Heimatabende dar. Im Vordergrund steht unverändert die Erinnerung an das Schicksal, welches Millionen Vertriebene, Flüchtlinge und Deportierte erdulden mussten, indem sie in Kollektivhaftung genommen wurden und für Unrecht bezahlen mussten, deren Verursacher sie selbst nicht waren. Die Auseinandersetzung mit dem Thema "Flucht und Vertreibung" hat noch lange nicht den Stellenwert, den andere geschichtliche Ereignisse in den Lehrbüchern deutschlandweit, und vor allem in Sachsen-Anhalt, für sich verbuchen können. Allein daraus ergibt sich bis jetzt ein Handlungsbedarf, dem sich die OMV in keinem Fall verschließen möchte.

Rudolf Evers hielt im Anschluss einen ausführlichen und sehr informativen Vortrag über den Werdegang der im heutigen Rumänien ansässigen "Siebenbürger Sachsen". Die anschließend bei einem leckeren Imbiss geführte Gesprächsrunde, machten den Abend, trotz einer recht kleinen Teilnehmerzahl, zu einer gelungenen Veranstaltung. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden folgen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die CDU-Kreisgeschäftsstelle, namentlich die CDU-Kreisgeschäftsführerin Doris Memmler, für ihre Unterstützung.

Allen CDU-Mitgliedern wünscht der OMV ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Enrico Schleef, OMV-Vorsitzender

Jedes Jahr findet in Diesdorf das Schrotefest statt. Zu diesem Anlass wird durch den **Ortsverband Diesdorf-Lindenweiler** alljährlich ein Kuchenverkauf durchgeführt. Der Erlös wird jährlich wechselnd einem guten Zweck im Gebiet des Ortsverbandes gespendet.

In diesem Jahr gingen die **Ein- nahmen in Höhe von 364,-€** an die

Alzheimer Gesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (www.alzheimergesellschaft-md.de) Die Spende wird dazu beitragen, den diesjährigen "Betreuten Urlaub" in Arendsee durchzuführen.

Ich möchte mich bei allen Kuchenspendern und Kuchenkäufern bedanken, durch die dies ermöglicht wurde. Lars Thiele





